

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 7-8

Artikel: Amerikanische Aussenpolitik unter Präsident Reagan
Autor: Tütsch, Hans E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerikanische Aussenpolitik unter Präsident Reagan

Ronald Reagan hat einen Neubeginn nicht nur in der Wirtschaftspolitik versprochen, der er zunächst einmal den Vorrang eingeräumt hat, sondern auch in der Aussenpolitik. Die Vereinigten Staaten stehen an einem Wendepunkt. Sie haben diesen aber nicht plötzlich am 4. November erreicht. Der republikanische Wahlsieg war Folge einer Entwicklung, die sich über mindestens vier Jahre hingezogen hatte. 1977 hatte Jimmy Carter die Regierung übernommen mit dem Ziel, die Rüstungsausgaben um fünf bis sieben Milliarden zu kürzen, wenn möglich die Zahl der strategischen Nuklearwaffen auf zweihundert zu reduzieren und schliesslich mit den Sowjets eine echte Abrüstung auf breiter Front zu vereinbaren. Die brutale Zurückweisung der Vorschläge für eine nukleare Abrüstung, mit denen Staatssekretär Vance im März 1977 nach Moskau gezogen war, bildete einen schweren Rückschlag, brachte aber zunächst noch keine vollkommene Ernüchterung.

An der University Notre Dame verkündete Jimmy Carter noch das Ende der ungewöhnlichen Furcht vor dem Kommunismus. In Moskau wurden Verhandlungen über die Waffenausfuhr, die konventionellen Waffen und die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans ins Auge gefasst, ferner über das Verbot von Killersatelliten. Auf alle Nukleartests sollte verzichtet und die zwei Vertragstexte darüber dem Senat zur Gutheissung vorgelegt werden. Chemische Kriegsmittel sollten unter Bann gestellt werden. Über die Zivilverteidigung sollte mit den Sowjets gesprochen werden. Versuchsschüsse mit Missilen hätten zum voraus angekündigt werden sollen. In allererster Linie sollte jedoch SALT II ohne echte Abrüstung zum Abschluss gebracht werden, ungeachtet der sowjetischen Absage an den Vorschlag einer Reduktion der strategischen Waffen.

Daneben wollte Carter die amerikanischen Landtruppen aus Südkorea abziehen. Er setzte sich zum Ziel, mit allen Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen, darunter vor allem auch mit Kuba und Vietnam.

Er schickte zu diesem Zweck Sendboten aus. Mit Kuba kam der Austausch von Interessenvertretungen zustande. Die eine ist der schweizerischen Botschaft in Havanna, die andere der tschechoslowakischen Botschaft in Washington zugeordnet. Nichts wurde jedoch unternommen, um die Mongolische Volksrepublik anzuerkennen; denn das ist ein heisses Eisen. China würde darauf empfindlich reagieren.

Das stand am Anfang von Carters Politik. Am Ende jedoch sah alles anders aus. Kuba entliess über 130 000 seiner Staatsbürger nach den Vereinigten Staaten – nicht um diesen einen Gefallen zu tun. Zehn Prozent aller Kubaner leben heute in den Vereinigten Staaten. Eine sowjetische Kampfbrigade liess sich in Kuba von amerikanischen Satelliten photographieren – eine offenkundige Provokation. Vietnam unterwarf Kambodscha und satellisierte Laos und scheute nicht vor Verletzungen der thailändischen Grenze zurück. Hunderttausende von Menschen wurden in die Boote getrieben und suchten ihr Heil auf dem gefährlichen Meer. Die Vietnamesen hatten nicht das Glück, wie die vertriebenen Kubaner, knapp 150 Kilometer von der amerikanischen Küste entfernt zu sein. Nordkorea rüstete in einem Masse auf, dass Carter auf den Abzug der meisten amerikanischen Landtruppen in Südkorea verzichtete. Er hatte offenbar auch die taktischen Nuklearwaffen aus diesem Gebiet zurückgeholt. Was da seither geschehen ist, bleibt noch ein Geheimnis.

Im Indischen Ozean kreuzen zwei amerikanische Flugzeugträgergeschwader mit 32 Schiffen, unterstützt von britischen und australischen Kriegsschiffen, und im Hintergrund, selbständig wie immer, von einer ganz beachtlichen französischen Flotte mit einem Flugzeugträger. Die Verhandlungen über die Jagdsatelliten scheiterten, nachdem die Sowjets zuerst Abschuss-Tests im Weltraum durchgeführt hatten und dann die Raumfähre «Columbia» in das Verbot einbeziehen wollten. In den Gesprächen über die Begrenzung der Ausfuhr konventioneller Waffen schlugen die Sowjets dem amerikanischen Unterhändler Leslie Gelb vor, einen Anfang mit Südkorea und dem damals noch vom Schah regierten Iran zu machen, was dann von Sicherheitsberater Brzezinski in einem regierungsinternen Konflikt unterbunden wurde.

Carter schlug dem Kongress vor, gewisse Fesseln der CIA zu beseitigen. Diese muss jetzt über ihre Aktionen nur noch zwei Kongresskommissionen berichten, anstatt wie seit der Watergate-Affäre einer Kommission des Senats und einem halben Dutzend Kommissionen des Repräsentantenhauses. Mittel, wenn auch nicht überwältigende, wurden zur Verfügung gestellt zur Verstärkung der Sendungen der «Stimme Amerikas», aber auch derjenigen von Radio Free Europe und Radio Liberty, das einst Radio Liberation geheissen hatte.

Die Vereinigten Staaten haben sich die Benützung von Stützpunkten in Kenya, Somalia und Oman gesichert. Sie haben gemeinsame militärische Übungen mit Ägypten durchgeführt. Vier AWACS, Radarflugzeuge, überwachen den arabischen Luftraum von Saudiarabien aus.

Direkt gegen die Sowjetunion richteten sich das Teilembargo von Getreide, das Ausfuhrverbot für Produkte der Hochleistungstechnik, der Verzicht auf gegenseitige Konferenzen von Spezialisten auf allen Gebieten der Wissenschaft sowie der Austausch in dem Bereich der Kunst. Die Eröffnung von je zwei weiteren Konsulaten der Vereinigten Staaten in der Sowjetunion und der Sowjetunion in Amerika wurde sistiert. Die Vereinigten Staaten boykottierten ferner zusammen mit einer Anzahl von befreundeten Staaten die Olympischen Sommerspiele in Moskau. Das Getreideembargo ist von Ronald Reagan einem Wahlversprechen gemäss und mit der Hoffnung aufgehoben worden, den im September ablaufenden Vertrag über Getreidelieferungen an die Sowjetunion erneuern zu können. Die Regierung Carter normalisierte die Beziehungen zum kommunistischen China und opferte dafür den Verteidigungsvertrag mit Taiwan. An China liefert Amerika zwar keine tödenden Waffen, aber immerhin Produktionsmittel, welche zur Stärkung der Verteidigung dienen können. Last but not least sei die Verstärkung der NATO mit konventionellen Waffen und durch den Beschluss zur Wiedereinführung von nuklearen Mittelstreckenwaffen nach Europa ab 1983 – zum ersten Mal seit zwanzig Jahren – erwähnt.

«Selbstumzingelung»

Angesichts dieser Massnahmen beklagt sich Moskau über Umzingelungsmanöver seiner Gegner. Es hat sich jedoch, bevor Carter diese Schritte unternahm, zusammen mit den Kubanern in Angola und Äthiopien und in Südjemen festgesetzt. Moçambique behauptet, es sei zur Mitwirkung im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe eingeladen worden, dem schon Kuba angehört. Afghanistan ist von sowjetischen Truppen besetzt worden, obwohl dort seit 1973 ein mit Moskau sympathisierendes Regime und seit 1978 eine kommunistische Regierung herrschte. Moskau hat sich durch seine eigene Politik neue Feinde geschaffen und Staaten verschreckt, die ihm sonst wohlgesinnt waren. Die Verurteilung der Invasion Afghanistans durch die Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenz und durch die überwiegende Mehrheit in den Vereinten Nationen braucht zwar in Machtbegriffen nicht überschätzt zu werden. Sie zeigt, dass das von Brzezinski gebrauchte Wort der Selbstumzingelung Moskaus nicht aus der Luft geholt

ist. Breschnew hatte der Menschenrechtspolitik Carters eine unheilbare Wunde zugefügt, als er zuließ, dass Schtscharanski verurteilt wurde, obwohl sich der Präsident der Vereinigten Staaten öffentlich dafür verbürgt hatte, dass dieser nicht für Amerika spioniert habe.

Tauwetter, friedliche Koexistenz, Détente – ein Import aus dem Frankreich de Gaulles – und die zum Mythos der Zusammenarbeit erhobene SALT II sind vor der Wirklichkeit der sowjetischen Politik wie Spreu im Winde zerstoben. Am 4. November hat das amerikanische Volk mit starker Mehrheit, nicht etwa einem blossen Zufallsmehr, Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt und gleichzeitig eine republikanische Mehrheit in den Senat und eine konservative Mehrheit in das Repräsentantenhaus geschickt, um das Staatsschiff auf neuen Kurs zu bringen. Dem Inhalt nach ist die neue Politik vielleicht gar nicht so neu, wie sie sich gibt. Aber die Formen sind ganz anders als diejenigen Jimmy Carters.

Der Zusammenbruch des Regimes des Schahs und die Geiselnahme in Iran haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Das amerikanische Volk will sich ganz einfach nicht mehr weiter demütigen lassen. Selbst die Massenmedien, die den Vietnamkrieg verurteilt hatten, verlangten, dass die Regierung sich auf die Hinterbeine stelle. «*Newsweek*» hatte im Sommer 1978 ängstlich gefragt: «*A New Cold WAR?*» Im Januar 1980 glaubte die Zeitschrift ohne Fragezeichen die Existenz eines neuen Kalten Kriegs feststellen zu können. Kurz darauf betitelte sie einen Leitartikel: «*Hat Amerika seine Schlagkraft verloren?*» Gleichzeitig schrieb «*Time*» von einem Test des Willens und, was weniger verwunderlich ist, «*U. S. News & World Report*» von einem Test der amerikanischen Entschlossenheit. «*The New Republik*» meinte am 1. Dezember 1979, also in der gleichen Periode: «*Es scheint, dass jede Woche ein Land Verachtung für die Vereinigten Staaten in grossem oder kleinem Masse zeigt, und alles, was die Demokraten zeigen können, ist „Zurückhaltung“.*» Als Absage an diese ist der 4. November zu verstehen.

Die Stossrichtung von Reagans Aussenpolitik ist klar. Der Ost-West-Konflikt stellt andere Überlegungen in den Schatten. Die Nord-Süd-Probleme werden zwar nicht übersehen, dürfen aber nicht als Ablenkungs- und Verwirrungsmanöver auftreten. An erste Stelle muss die Aufrüstung kommen, um den schon bestehenden oder für die nächsten Jahre erwarteten Vorsprung der Sowjets auszugleichen und, wenn möglich, «eine Marge der Sicherheit» für die Vereinigten Staaten zu erringen. Wie diese Marge der Sicherheit abgemessen werden soll, kann ebensowenig genau umschrieben werden wie die Parität. Beiden Begriffen ist eine Dynamik inhärent, die auf weitere Rüstungen zutreibt. Robert McNamara glaubte als Verteidigungsminister der sechziger Jahre, dass die Sowjets vor den

Kosten zurück scheuen würden, um die Parität der Nuklearrüstung zu erreichen. Sie haben nicht nur eine Überlegenheit in den konventionellen Waffen und den nuklearen Mittelstreckenwaffen – den Theater Nuclear Forces oder TNF – erzielt, sondern je nach dem Massstab, der angelegt wird, auch auf dem der strategischen Waffen (grössere Schubkraft der Missile).

Reagan und sein Staatssekretär Haig erklären sich zu Gesprächen bereit, welche später zu Verhandlungen mit den Sowjets führen könnten. Diese sollten, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die europäischen Alliierten, zuerst mit den TNF beginnen und dann zu den strategischen Waffen übergehen. Haig will im September bei der Eröffnung der UNO-Generalversammlung mit Gromyko darüber sprechen. Voraussetzung von Verhandlungen wäre zum mindesten die Nichtintervention in Polen. Ein genauer Plan, wie dieser Weg zu Verhandlungen beschritten werden und wohin er führen soll, besteht zurzeit noch nicht.

Reagan legt seine Gedanken in eingängiger und einfacher Weise dar, dass man manchmal an den Rat von Senator Howard Bakers Vater an seinen Sohn nach dessen ersten Plädoyers vor Gericht denken muss: «Mein Sohn, Du musst aufhören, so viel klarer zu sprechen als Du denkst.» Reagan ist «the great Communicator», nicht der grosse Denker. Es ist deshalb wichtig zu betrachten, wer seine Aussenpolitik formuliert. Der Präsident hat seinem Staatssekretär weitgehende Befugnisse übertragen, und den Sicherheitsberater, der in den letzten zwei Jahrzehnten mit wenigen Unterbrüchen in Gegensatz zum Aussenminister stand, zurückgebunden. Aber voreilige Vorstösse Haigs wurden abgebremst, so, als er schon am Inaugurationstag ein Memorandum ins Weisse Haus brachte, nach welchem die ganze Aussenpolitik in seinen Händen konzentriert worden wäre. Haig bezeichnete sich selber als «Vikar» des Präsidenten für aussenpolitische Fragen, und dieser Name wird an ihm hängen bleiben. Anstatt Haig ernannte Reagan Vizepräsident Bush zum Leiter des Krisenmanagements, obwohl dieser gar nicht über einen Stab dazu verfügt. Schliesslich prellte Haig zu sehr vor, als er nach dem Attentat auf Reagan die Amerikaner, ihre Verbündeten und ihre Freunde beruhigen, ihre Gegner warnen wollte, mit den Worten, er kontrolliere in Abwesenheit des Vizepräsidenten den Krisenraum und er wäre der zweite nach Bush in der Nachfolge des Präsidenten. In Wirklichkeit stehen in der Nachfolgeordnung von 1964 noch der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, der Demokrat O'Neill, und der Präsident *pro tempore* des Senats, der frühere Demokrat, dann Dixiekrat und jetzt Republikaner Strom Thurmond vor ihm. Haig hat sich vergeblich gegen die frühe Aufhebung des Getreideembargos gegen die Sowjetunion und gegen die Lieferung von AWACs an Saudiarabien gewendet. Haig ist

nicht von Sicherheitsberater Richard V. Allen gebremst worden, sondern von dem milde erscheinenden Edwin Meese, dem Hauptberater des Präsidenten. Meese, zusammen mit dem zivilen Stabschef, James Baker, und dessen Stellvertreter Michael Deaver, filtrieren alles, was zu Reagan geht. Deaver folgt dem Grundsatz «mehr sein als scheinen». Obwohl er nur Vizestabschef ist, steht er Reagan und auch Frau Nancy am nächsten. Es ist nicht mehr der Sicherheitsberater, den der Präsident am Morgen als ersten und am Abend als letzten sieht, sondern Ed Meese. Haigs forsch Art kommt bei dem Trio, das die Geschäfte im Weissen Haus führt, nicht besonders gut an. Sie pflegen den «mellow speech», die umgängliche Art Kaliforniens, die sich auch James Baker angeeignet hat. An ihrer Härte ist jedoch nicht zu zweifeln. Sie haben klar gemacht, dass Haig der Kontaktmann für das Ausland bleibt. Ein zweiter Kanal, der direkt ins Weisse Haus führen würde, hat sich bis jetzt nicht geöffnet. Haig bleibt der Hauptberater Reagans, aber nicht der einzige Berater. Er ist nicht die letzte Instanz – das ist immer der Präsident.

Reagan hat in zwei wichtigen Fragen Wasser in den herben Wein geschüttet, den er im Wahlkampf ausgeschenkt hatte. Er findet sich mit den von Carter unterzeichneten Panamaverträgen ab, die der Senat ratifiziert hat. 1976 hatte er den Kampf gegen die Abtretung des Panamakanals zu einer Grundlage seiner Angriffe gegen Präsident Ford gemacht. Reagan akzeptiert ferner die von Carter für Taiwan getroffene Regelung. Gute Beziehungen zu Peking sind wichtig, wenn er der Sowjetunion die Stirne bieten will.

Exempel El Salvador

Dass gerade in El Salvador ein Exempel für die neue Politik statuiert wird, beruht nicht ganz auf der freien Wahl Reagans. Am 10. Januar, also zehn Tage vor seiner Inauguration, hatten die linksorientierten Rebellen dort ihre «endgültige Offensive» ausgelöst. Carter setzte die Militärhilfe wieder in Gang, und Reagan steigerte sie weiter. Seine Regierung drohte Nicaragua und Kuba «mit allen Optionen» sofern sie nicht die Hilfe für die Rebellen einstellten. Moskau wird für den Terror und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt verantwortlich gemacht.

Reagan deckte damit sein Einlenken in Panama und Taiwan gegenüber seinen konservativen Anhängern ab. Er warnte ferner jene Europäer und Dritt Weltler, die – nach einem Wort von Hans Magnus Enzensberger – «die pseudoaktivistische Identifikation mit fernen Revolutionen» suchen, darunter die Sozialistische Internationale. Schliesslich aber wurde da den

Sowjets ein Warnschuss vor den Bug geschossen, der sie von neuen Abenteuern abschrecken sollte.

Eines von Reagans wichtigsten eigenen Projekten ist es, zusammen mit Mexiko und Kanada eine «nordamerikanische Übereinkunft» herzustellen. Dabei sind viele Hindernisse zu überwinden. Carter las zwar jeden Abend die Bibel in spanischer Sprache. Aber er verstand sich mit Lopez Portillo nicht. Dieser hat als erster mexikanischer Präsident eine Moskaureise unternommen, und er hat Fidel Castro empfangen – allerdings auf der Insel Cozumel, wo er ausser Touristen und den wenigen einheimischen Maya nicht viel Leute sah. Mexiko hat nicht vergessen, dass es einst einen Drittels seines Gebietes an die Vereinigten Staaten abtreten musste. Nach den grossen neuen Erdgas- und Erdölfunden fühlt es sich als regionale Grossmacht. Lopez Portillo wollte mit Carter über Weltpolitik sprechen. Der aber brachte die Tomatenexporte aufs Tapet. Reagan will das anders machen. Doch jeder Versuch früherer Präsidenten, eine Gesamtpolitik gegenüber dem so unterschiedlichen Lateinamerika zu entwickeln, ist gescheitert, darunter John F. Kennedys *Alianza para el progreso*.

Haig hat seine erste Auslandreise nach dem Mittleren Osten unternommen. Wenn er dort Erfolge erzielt hat, dann sind sie bisher nicht sichtbar geworden. Die Idee eines «strategischen Konsenses», der die Länder von der Türkei und Pakistan bis nach Ägypten umfassen sollte, erwies sich als Chimäre. Der Versuch Haigs, zusammen mit Frankreich eine multinationale Friedensmacht nach Libanon einzuschieben, zerbrach am Widerstand der PLO, Syriens und der Sowjetunion. Einzig mit Ägypten konnten einige bilaterale Abmachungen getroffen werden. Der Verkauf von fünf AWACS an Saudiarabien stösst auf die Opposition Israels, das, wie ein dortiger Sprecher bemerkte, nackt vor diesen daliegen würde, und des Kongresses. Die Israel-Lobby ist gegen die Verbesserung der Ausrüstung der saudiarabischen F-15 nicht voll mobilisiert worden; gegen die AWACS läuft sie Sturm.

Haig steuert ohnehin einen Kollisionskurs zum Kongress, indem er die Aufhebung des Clark-Amendments verlangt, welches die Hilfe an Angolas Oppositionsgruppen, vor allem diejenige Jonas Savimbis, seit 1976 verbietet. Er möchte ferner die Waffenexportverbote gegen Argentinien, – verfügt vom Kongress auf Betreiben Senator Ted Kennedys wegen Verletzung der Menschenrechte – und Pakistan – wegen Verstosses gegen die Nonproliferationsbestimmungen für Atomwaffen – aufheben lassen. Der Kongress gibt jedoch nicht gern Privilegien aus der Hand, welche er der Exekutive abgerungen hat. Haig bezeichnet die Rücknahme dieser Kompetenzen durch die Exekutive als Prinzipiensache. Dadurch scheint ein Konflikt fast unausweichlich.

Die Aufhebung des Clark-Amendments richtet sich sowohl gegen Angola wie gegen Kuba. Falls die Kabaner aus Angola abzögen, könnte eine Regelung für Namibia eher erzielt werden. Umgekehrt wird jedoch die Meinung vertreten, eine Unabhängigkeit Namibias würde die Kabaner zum Abzug aus Angola ermuntern. Der klassische Circulus vitiosus! Für Namibia sieht die Regierung Reagan nach dem Vorbild von Zimbabwe nun zuerst die Bildung einer Verfassung, dann Wahlen vor. Der von Haig zum Assistenzsekretär für Afrika bestimmte Chester A. Crocker hat zehn afrikanische Länder besucht, bevor er vom Senat im Amt bestätigt worden war. Das stärkte seine Autorität natürlich nicht.

Die Regierung Reagan denkt bei der Behandlung der Probleme im Süden Afrikas an die Versorgung mit seltenen Metallen und an die mögliche Einkreisung Südafrikas durch marxistische Regime in Moçambique, Zimbabwe, Angola und später einem von der SWAPO beherrschten Namibia. Ronald Reagan hat am 3. März erklärt: «Können wir ein Land im Stich lassen, das in jedem Krieg, den wir durchgefochten haben, an unserer Seite stand, ein Land, das strategisch unentbehrlich ist für die freie Welt? Ich bin der Meinung, wenn wir mit den Russen an einen Tisch sitzen und verhandeln, dann können wir sicher die Tür offen halten und weiterverhandeln mit einem befreundeten Staat wie Südafrika.» Südafrika war schon lange nicht mehr als «befreundeter Staat» bezeichnet worden.

Von der künftigen Afrikapolitik liegen nicht mehr als Umrisse vor. Die Vereinigten Staaten haben 285 Millionen Dollar für afrikanische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, das heißt die Hälfte aller an der Genfer Konferenz im April versprochenen Zuwendungen. Weitere achttausend schwarzafrikanische Flüchtlinge werden zur Einwanderung in die Vereinigten Staaten zugelassen, was dem Wunsch der «schwarzen Fraktion» (Black Caucus) im Kongress entgegenkommt.

Die begrenzte Allianz

Haig sollte die Komplexität der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Partnern in der atlantischen Allianz gut kennen. Einmal hatten die Europäer Angst vor einem amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus; heute fürchten sie eine Konfrontation. Während des Vietnamkriegs verlangten Europäer mehr Mitsprache in Asien; seit der Krise in Südwestasien scheuen sie vor möglichen Verwicklungen zurück. Stimmen erheben sich, welche die Détente als teilbar akzeptieren, wie das dem sowjetischen Konzept immer entsprochen hatte. Theo Sommer wird vielleicht in die Geschichte eingehen mit seinem Satz, dass Europa nicht eine Zone der

Spannung werden solle, allein weil anderswo Spannung herrscht. Moskau beschränkte die Détente auf Europa, setzte jedoch die Unterstützung von Befreiungskriegen in andern Kontinenten fort. Cyrus Vances Vorstellung, dass die Sowjets «ähnliche Träume und Aspirationen» hätten wie die Amerikaner, die Stabilität und den Frieden suchten, hat sich nicht bestätigt. Das Versprechen Nixons, dass «eine Generation des Friedens» kommen werde, hat in Amerika falsche Hoffnungen geweckt. Reagan und Haig stellen nun das Feindbild wieder her, wie es der wirklichen Entwicklung entspricht.

Europa ist in so hohem Masse vom Mittleren Osten und seinem Erdöl abhängig, dass paradox erscheint, wenn es die Verteidigung dieser Region dem fernen Amerika überlässt. Der Vorstoss der Sowjetunion um das Mittelmeer herum, wo Ghadafi von Libyen aus in mittelbarer Täterschaft Waffen nach allen Richtungen ausschickt und Verschwörungen exportiert, schliesslich den Tschad besetzt und aus Niger 450 Tonnen Uranerz bezieht, kann Europa ebensowenig unberührt lassen wie die vertikale Umfassung der arabischen Erdölgebiete über Südjemen und über Äthiopien.

Die atlantische Allianz schliesst jedoch diese Regionen nicht ein; denn sie beschränkt sich im wesentlichen auf Europa. Theodore Draper schreibt deshalb unter dem Titel «Die westliche Missallianz» im «*Washington Quarterly*» vom Winter 1981: «Es mag manchen als Überraschung kommen, dass die Vereinigten Staaten keine Allianz mit Westeuropa oder Japan haben, die auf irgend einen der letzten Unruheherde anwendbar wäre – Angola, Äthiopien, Iran, Afghanistan, Pakistan, den iranisch-irakischen Krieg oder den Mittleren Osten. Kein Verbündeter hat in diesen Gebieten versagt, weil nie eine Verpflichtung übernommen worden war, gemeinsam in einem von diesen zu handeln. In Wirklichkeit waren diese Gebiete bewusst vom Nordatlantikvertrag ausgenommen, auf dem das Bündnis aufgebaut ist.»

Mit andern Worten, das Allianzgebiet stimmt mit der Interessenzone der Verbündeten nicht überein. Die Erdölgebiete waren weit weniger wichtig, als der Nordatlantikpakt abgeschlossen wurde. Dieser wurde begrenzt, damit nicht Kolonialkonflikte hineingezogen würden. CENTO, der einstige Bagdadpakt, die schwache Verlängerung der NATO nach Osten, und SEATO, die Weiterführung des Stolperdrahts gegen kommunistische Übergriffe bis nach Südostasien, haben sich aufgelöst. In den Vereinigten Staaten suchen Politiker und Politwissenschaftler nach einer Koordination der amerikanischen und europäischen Interessen. Ein Schema dafür ist noch nicht gefunden worden.

Die «Transition teams», welche die Amtsübernahme Reagans vorbereiteten, haben eine Reihe von Vorschlägen zur Lösung der Welt-

probleme ausgearbeitet. Ebenso ist unter der Ägide des Council on Foreign Relations eine interessante Studie entstanden unter dem Titel «*Western Security: What has changed? What should be done?*» Doch die meisten der Teilnehmer an den Arbeiten der Übergangsteams sind in der Versenkung von Forschungsinstituten oder Universitäten verschwunden. Ihre Projekte modern in Schubladen oder warten darauf, dass die Beamten, die sie behandeln müssen, ernannt und vom Senat bestätigt worden sind. Bevor der Präsident gesprochen hat, ist keine Politik verbindlich. Reagan hat sich erst zu wenigen Problemen geäussert. Er möchte zuerst die Wirtschaft in Ordnung bringen. Der Kongress und die Öffentlichkeit sollten sich nicht durch die Aussenpolitik, vor allem nicht ihre Details, ablenken lassen. Ob er jedoch den Zeitgewinn zu erhalten vermag, der ihm zur Neuorientierung der Wirtschaftspolitik notwendig erscheint, hängt nicht von ihm allein ab.

Europa wird von Amerika aus nicht mit Optimismus betrachtet. Im Sommer 1980 schrieb Fritz Stern: «Weder das Schauspiel amerikanischer Schwäche noch das sowjetischer Stärke hat Europa zu neuer Entschlusskraft aufgerüttelt. Der politische Aufbau Europas hat kaum Fortschritte gemacht» (Schweizer Monatshefte Nr. 8/1980). Europas einzige politische Initiative im Mittleren Osten läuft den amerikanischen Bemühungen zuwider, die immerhin den ersten Frieden zwischen Israel und einem arabischen Staate zustandegebracht haben und die damit einen grösseren Krieg am östlichen Mittelmeer verhindern. Die Manifestationen gegen Neutronenwaffen und atomare Mittelstreckengeschosse erhalten grosse Publizität und breiten sich aus. Sie reichen noch nicht an die Demonstrationen gegen den einstigen amerikanischen Oberbefehlshaber der NATO heran, als Hunderttausende in Paris «Ridgway la peste!» riefen und wüste Schlägereien mit den Sicherheitskräften durch die Boulevards tobten.

Die Tagungen der atlantischen Allianz, die bilateralen Gespräche ihrer wichtigsten Führer sollten nicht blosse Beschwichtigungsübungen bleiben, sondern den Problemen der NATO, aber auch denen ihres weiteren Interessengebietes auf den Grund gehen. Andernfalls erhielte Theodore Draper recht, der meint: «Die Allianz ist todkrank, weil sie nicht mehr länger vorgeben kann, dass eine unilaterale amerikanische Garantie oder nukleare Versicherungspolice genug sind.»